

FRANKREICH

Das Recht auf Lächeln

Im Pariser Prozess um den Nachdruck der dänischen Mohammed-Karikaturen schlägt sich die Politik auf die Seite der Satire.

Die Streitkultur erreichte das intellektuelle Niveau eines literarischen Salons, die rechtlichen Argumente dürften in den Kanon der Juristenausbildung eingehen, und die Auftritte von Chargen aus Wissenschaft und Politik erinnerten bisweilen an großes Theater: Bei der Klage islamischer Organisationen gegen das französische Satireblatt „Charlie Hebdo“ ging es um den Schutz hehrer Grundrechte, um Rassismus und Religion ebenso wie um geschicktes Finassieren im laufenden Präsidentschaftswahlkampf.

lands-Posten“ veröffentlicht, entfachten in der islamischen Welt eine Woge antiwestlicher Hysterie. Demonstranten griffen dänische Firmenbüros an, Kirchen und Botschaften gingen in Flammen auf.

Doch die Attacken sorgten auch für einen bemerkenswerten Schulterschluss der bedrohten Medien. Als kalkulierte Geste der Solidarität wurden die Zeichnungen von 150 Zeitungen in 60 Ländern nachgedruckt – dabei war selbst im Mutterland Voltaires diese Entscheidung nicht ohne Risiko: Der Chefredakteur des „France Soir“ wurde gefeuert, nachdem das Boulevardblatt die Bilder veröffentlicht hatte – Grund genug für „Charlie Hebdo“, die Zeichnungen publik zu machen.

Das Satireblatt setzte noch eins drauf und stellte den dänischen Karikaturen ein Titelblatt voran, das den Propheten in einer Pose schierer Verzweiflung zeigte: „Es ist hart, von Idioten geliebt zu werden“, klagt Mohammed, den Kopf in die Hände vergraben – unter Anspielung auf Selbstmordattentäter, die sich im Namen des Allmächtigen in die Luft sprengen.

Der Tabubruch vergrätzte Frankreichs Muslime, Imame witterten einen Ausbruch

Doch Boubakeur und der Rat der Muslime hatten sich gründlich verrechnet. Das Verfahren gegen die Spötter von „Charlie Hebdo“ geriet zum Tribunal gegen religiöse Intoleranz. „Ein Prozess aus einer anderen Zeit“, rügte „Le Monde“. „Die Grenzen der Freiheit müssen täglich geprüft werden“, gab „Charlie Hebdo“-Chef Val zu Protokoll und zitierte Johannes Paul II.: „Habt keine Angst.“

Nicht nur Islam-Experten sprangen dem Blatt bei, Polit-Promis nutzten das Verfahren zum Wahlkampfauftritt. Der Chef von Frankreichs Sozialisten, François Hollande, gab im Zeugenstand ein flammendes Plädoyer für die „Verteidigung der Meinungsfreiheit“ ab. François Bayrou, Spitzenkandidat der liberalen UDF, untermauerte sein Eintreten für „Charlie Hebdo“ mit dem Hinweis auf seine Doppelrolle als Christ und Citoyen.

Selbst Innenminister Sarkozy ergriff Partei für die linke Kritik-Postille: Der Präsidentschaftspräsident der UMP, in dem Wochenblatt stets als schlagstockschwingender Polizist oder geifernder Pitbull verhöhnt, outete sich in einem vor Gericht verlesenen Schreiben als Kritiker „jeder



„Charlie Hebdo“-Karikaturen, Moschee-Rektor Boubakeur mit Innenminister Sarkozy: „Habt keine Angst“

Verkehrte Welt: Da beschwört Dalil Boubakeur, Rektor der Pariser Großen Moschee, die laizistischen Prinzipien der Verfassung. Philippe Val, Chefredakteur der stramm antiklerikalen Streitschrift „Charlie Hebdo“, zitiert Papst Johannes Paul II. Und Innenminister Nicolas Sarkozy, im Umgang mit kritischer Presse sonst nicht eben zimperlich, nutzt die „cause célèbre“, um sich als Anwalt der Meinungsfreiheit zu profilieren.

Der historische Prozess vor der 17. Pariser Strafkammer rührt an die Fundamente der Fünften Republik. „Charlie Hebdo“, das mit respektlosem Stil und grobem Strich mal gegen das rechte Polit-Establishment, mal gegen die arrogante „Kaviar-Linke“ polemisiert, hatte im Februar 2006 Karikaturen des Propheten Mohammed nachgedruckt. Die Illustrationen, zunächst in der dänischen Zeitung „Jyl-

von „Islamophobie“ und sahen fromme Gläubige mit brutalen Gewalttätern gleichgesetzt. An die Spitze der Bewegung gegen die „Aufwiegelung zum Rassenhass“ setzte sich Rektor Boubakeur. Der Gelehrte mit dem Habitus des biedereren Bohemiens hatte 2003 auf Betreiben von Innenminister Nicolas Sarkozy den Rat der Muslime gegründet: Der moderate Dachverband sollte, so das Kalkül Sarkozys, den Einfluss von Extremisten unterlaufen.

Der Karikaturenstreit beendete die gedeihliche Zusammenarbeit, denn Boubakeur, unter Druck radikaler Bundesgenossen, blies zur juristischen Gegenoffensive. Kernpunkt der Anklage, die von muslimischen Gruppierungen und der Islamischen Weltliga erhoben wurde: „öffentliche Verunglimpfung einer Personengruppe wegen Zugehörigkeit zu einer Religion“.

Zensur“. „Lieber zu viele Karikaturen als keine Karikaturen“, forderte Sarkozy und postulierte „ein Recht auf Lächeln“.

Nach der Solidaritätsadresse des Innenministers mit dem Motto „Zusammen wird alles möglich“ trat der Rat der Muslime den Rückzug an. Nach einer Krisensitzung wünschte Boubakeur eine „Beruhigung“ der Lage und beklagte die „Politisierung“.

Zu spät. Vergangenen Donnerstag beantragte die Staatsanwaltschaft den Freispruch für „Charlie Hebdo“, das Urteil am 15. März ist nur noch Formsache.

Frankreichs Bürger hatten sich im Streit „Religion gegen Satire“ offenbar längst für die Meinungsfreiheit entschieden – per Abstimmung am Zeitungskiosk. „Charlie Hebdo“ kommt im Schnitt auf eine verkaufte Auflage von 60 000 Exemplaren; der inkriminierte Mohammed-Titel des Satireblatts fand 400 000 Kunden.

STEFAN SIMONS